

Gemeinsame Erklärung: Wie wollen wir leben?

Unser Lebensgefühl ist in den letzten Jahren davon bestimmt, dass eine „Krise“ auf die andere folgt, sie sich oft sogar überlappen. Menschen fühlen sich überfordert, unsicher und zweifeln daran, dass sie selbst etwas tun können.

Die einen ziehen sich in ihr Privatleben zurück und hoffen, irgendwie durchzukommen.

Andere schlagen um sich, suchen „Schuldige“ und radikalisieren sich. Erst in Gedanken, dann auch in Taten.

Die Nerven liegen bei vielen blank. Der Empörungsgrad in den Diskussionen ist hoch, der Wunsch, einander zu verstehen, scheint abzunehmen. Der Aggressionspegel steigt.

Es scheint, als „spalte“ sich unsere Gesellschaft und zerfiele in viele gegeneinander streitende Einzelteile.

Wir fragen uns:

Wie wollen wir miteinander leben?

Aus Sorge um den Zustand in unserer Gesellschaft und aus Verantwortung für die Bewahrung von Demokratie und Freiheit verabschieden wir für unsere Stadt Wuppertal gemeinsam folgende Erklärung:

Unsere Stadtgesellschaft ist bunt.

Menschen aus über 200 Nationen leben hier und bringen unterschiedliche Lebensgeschichten, Kulturen, Religionen, Konfessionen und politische Überzeugungen in unser Zusammenleben ein.

Das kann nicht ohne Spannungen bleiben.

Aber wir sind der Überzeugung, dass es uns auch nicht auseinanderreißen muss.

Wir sehen ein großes Maß an Engagement in unserer Stadt.

Im sozialen und kulturellen Bereich, im Vereinswesen, in den Religionsgemeinschaften, in politischen Parteien und Initiativen und in konkreten Nachbarschaften vor Ort bringen sich Menschen mit viel Energie und Lebenszeit ehren- und hauptamtlich ein.

Wir erkennen darin den grundsätzlichen Willen zu einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben in unserer Stadt.

Zugleich sehen wir aber auch gefährliche Entwicklungen, denen wir uns gemeinsam entgegenstellen wollen und müssen.

Konflikte, die nicht ausbleiben, müssen auf dem Boden unseres Grundgesetzes ausgetragen werden. Die hier festgehaltenen Freiheitsrechte gelten allen, die in Deutschland leben und leben wollen. Zugleich verpflichten sie aber auch dazu, diese Rechte allen zuzusichern.

- Darum sagen wir allem Rassismus ab, der Menschen in Gruppen einteilt, stigmatisiert, entwürdigt und systematisch von der Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausschließen will.
- Wir wenden uns entschieden gegen jede Form des Antisemitismus, die jüdisches Leben in unserer Stadt gefährdet.
- Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Zusammenlebens zu untergraben – sei es durch Einflussnahme von außen oder durch extremistische politische Parteien und Initiativen, die eine „andere Republik“ wollen.

- Wir treten für die freie Religionsausübung aller Religionen ein, soweit sie sich dabei auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen. Wir mahnen zur Wachsamkeit auf allen Ebenen gegenüber religiösen und ideologischen Fundamentalismen.
- Bei der Einhaltung und Verteidigung der grundrechtlich verbrieften Freiheitsrechte achten wir das Gewaltmonopol des Staates und setzen auf die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.
- Wir erkennen in den sozialen Ungleichheiten auch in unserer Stadt ein hohes Risiko. Wir rufen zu Solidarität und Gemeinsinn auf und mahnen die politischen Instanzen, diese Ungleichheiten nachhaltig abzubauen und Armut, insb. Kinderarmut, umfassend zu bekämpfen, weil der soziale Friede die Grundlage für unser gemeinsames Leben im Alltag ist.
- Wir rufen zu einem nachhaltigen Umgang mit den endlichen Ressourcen unserer Erde auf, damit auch noch kommende Generationen auf ihr leben können.

Die Grundbedürfnisse aller Menschen sind gleich:

Wir wollen in Frieden und Freiheit leben, teilen das Bedürfnis nach Versorgung und Sicherheit von Leib und Leben und den Wunsch als Mitmensch anerkannt und gewürdigt zu werden. Wir sehnen uns danach, ohne Ressentiments leben, lieben und glauben zu dürfen, wie es uns guttut. Wir hoffen darauf, mit unseren Lebensgeschichten und -erfahrungen geachtet und verstanden zu werden.

Damit das gelingt, braucht es ein Mindestmaß an Bereitschaft zu gegenseitigem Verständnis und Toleranz und das Einverständnis, dass auch andere Lebensformen neben der eigenen ein Existenzrecht haben.

So wollen wir miteinander leben.

Dafür setzen wir uns gemeinsam ein.



Und weitere demokratische Kräfte